



Infomail: Mai 2025

Sparen beim Klimaschutz - heute günstig, morgen teuer



© STOCKSY/JEN GRANTHAM

Sehr geehrte Dame und Herren

Am 5. Mai endete die Vernehmlassung des Bundes zum **Entlastungspaket 27**. Jetzt soll es schnell gehen: Laut Fahrplan des Bundesrats soll das Kürzungspaket bereits per Anfang 2027 in Kraft treten. Rund ein Viertel des gesamten Kürzungsvolumens betrifft den Umweltbereich und insbesondere den Klimaschutz. Doch genau beim Klimaschutz kommen vermeintliche Einsparungen mittelfristig teuer zu stehen. Gleichzeitig hält der Bund an umweltschädigenden Subventionen fest und verzichtet damit auf grosse Einsparungen mit doppeltem Nutzen für die Bundeskassen.

Das Wichtigste im Überblick:

- **Mit mehr als 1 Milliarde von total 3.6 Mrd. Franken jährlich (ab 2028) ist der Umweltschutz überproportional von den Kürzungsmassnahmen betroffen. Besonders einschneidend sind die Streichung der Bundesgelder für das Gebäudeprogramm (389 Mio./Jahr) sowie diverse Kürzungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs (260 Mio./Jahr).**
- **Die vermeintlichen Entlastungsmassnahmen beim Klimaschutz belasten den Bundeshaushalt mittelfristig zusätzlich. Wer jetzt notwendige Investitionen aufschiebt, verursacht höhere Kosten für kommende Generationen.**
- **Der Bund subventioniert nach wie vor umweltschädliche Aktivitäten in Milliardenhöhe. Das Entlastungspaket versäumt es weitgehend, diese Fehlanreize abzubauen, dabei wäre das eine doppelte Entlastung für die Bundesfinanzen.**
- **Es braucht dringend Korrekturen, um die Finanz- und Klimapolitik auf Zukunftskurs zu bringen. Der WWF-Lösungsansatz: Eine fundierte Folgeabschätzung der Kosten der Kürzungen, die budgetneutrale Weiterführung des Gebäudeprogramms und ein Abbau von klimaschädlichen Subventionen.**

Angriff auf alle Bereiche der Umweltpolitik

Die Sparübung betrifft alle Bereiche der Umweltpolitik. Bei der Biodiversität, dem ÖV und dem Klima will der Bundesrat jährlich über eine Milliarde Franken kürzen. Ein Teil davon soll im ordentlichen Budgetprozess umgesetzt werden, da diese Ausgaben nicht gesetzlich abgesichert sind. So soll beispielsweise der Bundesbeitrag im regionalen Personenverkehr um 60 Millionen Franken pro Jahr gekürzt werden – mit bremsendem Effekt auf die Mobilitätswende.

Negative Auswirkungen zeigen sich bereits heute: So hat das Parlament, vereinzelt bereits Kürzungsvorschläge aus dem Entlastungspaket im Budget 2025 umgesetzt, u.a. bei den Geldern für das Energieeffizienz-Programm **EnergieSchweiz**.

Andere Ausgaben im Umweltbereich sind gesetzlich verankert. Um diese zu reduzieren, müssen Gesetze angepasst werden. Der Bundesrat hat beschlossen, alle dafür nötigen Gesetzesänderungen in der Form eines Mantelerlasses vorzunehmen. Dieses Gesamtpaket sieht diverse Anpassungen zu Lasten des Klimaschutzes vor. Beispielsweise werden die, erst im März 2024 vom Parlament beschlossenen, Massnahmen im Bereich des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs und der Dekarbonisierung von Bus- und Schiffsantriebssystemen, schon wieder in Frage gestellt. Am einschneidendsten dürften jedoch die vorgeschlagenen Massnahmen im Gebäudebereich sein.

Sparhammer auch beim Naturschutz

Neben den Massnahmen im Klimabereich ist auch der Naturschutz vom Kürzungspaket betroffen. Besonders gravierend: Bei den Verbundaufgaben im Umweltbereich will der Bundesrat Querschnittskürzungen von 10% (jährlich rund 48 Mio. Franken) vornehmen. Dabei bestehen bereits heute erhebliche Vollzugsdefizite in vielen dieser gemeinsam von Bund und Kantonen verantworteten Aufgabenbereiche. Mit einer Kürzung der Bundesbeiträge dürfte die Diskrepanz zwischen dem Gesetz und der Realität weiter anwachsen - etwa beim Schutz der Biotop von nationaler Bedeutung oder bei der Revitalisierung von Gewässern.

Kürzungen im Gebäudebereich: zu kurz gedacht

Unter dem irreführenden Label «Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik» will der Bundesrat, mit einem fragwürdigen Manöver, bei der energetischen Sanierung des Gebäudeparks massiv sparen. Statt die **neuen Innovations- und Impulsprogramme des KIG**, aus der allgemeinen Bundeskasse zu finanzieren, wie es das Volk erst kürzlich beschlossen hat, sollen neu durch die zweckgebundenen Einnahmen aus der CO₂-Abgabe finanziert werden.

Diese rund 400 Millionen Franken flossen bisher in das **Gebäudeprogramm** und sollen dort ersatzlos gestrichen werden. Damit versucht der Bundesrat, mit einem buchhalterischen Trick, den Anschein zu wahren, dass **der Volksentscheid zum Klima- und Innovationsgesetz** respektiert wird. Der Schein trügt, denn die neuen Programme sind als Ergänzung zu und nicht als Ersatz der bestehenden Massnahmen im Gebäudebereich vorgesehen.

Das Gebäudeprogramm ist nachweislich ein sehr erfolgreiches Instrument der Schweizer Klimapolitik. Allein die im Jahr 2023 mit den Fördergeldern umgesetzten Massnahmen reduzieren, über ihre Lebensdauer, den Energieverbrauch des Schweizer Gebäudeparks **um 11,2 Milliarden Kilowattstunden** und **den CO₂-Ausstoss um rund 3,3 Millionen Tonnen**. Allein die im Jahr 2023 ausgelöste CO₂-Reduktion von 3,3 Millionen Tonnen verhindert, gemäss **Klimaschadenskostenansatz des Bundes**, zukünftige Klimaschäden von über 1,4 Mrd. Franken

Damit nicht genug: Mit dem heutigen Gebäudeprogramm, der Verschärfung der kantonalen Energiegesetze und der CO₂-Abgabe konnte der Anteil erneuerbarer Heizsysteme beim Heizungsersatz seit 2017 von 27% auf 85% erhöht werden.

Dieser Erfolg zum Trotz ist es **noch ein weiter Weg** bis zur vollständigen Dekarbonisierung des Gebäudeparks – ein Ziel, das der Bund bis im Jahr 2050 erreichen will. Noch immer sind Gebäude für 40 Prozent des Energieverbrauchs und rund einen Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Über eine Million Häuser sind nicht oder kaum gedämmt und zwei Drittel der Gebäude werden heute noch fossil oder konventionell elektrisch beheizt. Ohne die zusätzlichen Gelder, die vor weniger als zwei Jahren vom Volk beschlossen wurden, dürften die Klimaziele im Gebäudebereich in weite Ferne rücken.

CO₂-Ablasshandel würde weiter ausgebaut

In **dieser Infomail** haben wir aufgezeigt, dass die Schweiz in einem weltweit einzigartigen Ausmass auf CO₂-Kompensationen im Ausland setzt. Dieser Ablasshandel ist in mehrfacher Hinsicht problematisch: Geeignete Projekte sind rar, nur ein kleiner Teil der Zertifikate führt tatsächlich zu den ausgewiesenen CO₂-Reduktionen und die im Ausland statt im Inland getätigten Investitionen, kommen der heimische Wirtschaft nicht zugute. Wird wegen des Kürzungspakets künftig im Inland noch weniger reduziert, muss der Bund noch mehr Zertifikate zukaufen. Das dürfte teuer werden: Den mindestens dreistelligen Millionenkredit für die laufende Periode 2021-2030 will Bundesrat Albert Rösti dem Parlament erst 2028 beantragen – ein beachtlicher Betrag, der für die ökologische Transformation im Inland dringend gebraucht würde.

Gigantisches ungenutztes Sparpotenzial mit doppeltem Nutzen

Die vorgeschlagenen Massnahmen im Umweltbereich hätten nicht nur ganz konkrete negative Auswirkungen auf Klima und Umwelt, sie sind auch finanzpolitisch zu kurz gedacht. Statt den Bundeshaushalt nachhaltig zu entlasten, drohen mittelfristig hohe Kosten und damit eine Mehrbelastung der Bundesfinanzen. Der Preis für aufgeschobenen Investitionen und die Kosten eines ungebremsten Klimawandels werden durch Nichtstun in Zukunft nicht weniger, sondern mehr.

Befremdlich wirkt die Sparübung auch deshalb, weil der Bund beim Abbau umweltschädlicher Subventionen ein enormes Sparpotenzial ungenutzt lässt. Dieses würde den Bundeshaushalt nicht nur direkt durch substanzielle Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen entlasten, sondern mittelfristig auch indirekt, durch die Vermeidung von Klima- und Umweltschäden. Mit Steuererleichterungen und direkten Subventionen fördert der Bund heute klima- und biodiversitätsschädliche Aktivitäten in Milliardenhöhe (**EPFL 2024, EBP 2024, WSL 2020**).

Zur Veranschaulichung: Allein durch die Befreiung leichter Nutzfahrzeuge (2,5 bis 3,5 Tonnen) von der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA, entgehen dem Bund jährlich Einnahmen von 300 Mio. Franken. Im Rahmen der Vernehmlassung zum Entlastungspaket hat die Umweltallianz einen konstruktiven Vorschlag ausgearbeitet, wie der Bund mit dem Abbau von umweltschädlichen Subventionen jährlich **rund 3,4 – 3,9 Mrd. Franken** sparen könnte. Zu diesen direkten Einsparungen kämen noch, die bisher nicht quantifizierten indirekten Entlastungen der Bundesfinanzen durch die Vermeidung von Schäden an Mensch und Umwelt.

Stellt man dieses Entlastungspotenzial den geplanten Einsparungen des Bundes im Klima- und Umweltbereich gegenüber, wird deutlich, dass ein Abbau der schädlichen Subventionen den Bundeshaushalt um ein Vielfaches mehr entlasten würde als die unnachhaltigen Kürzungsvorschläge, die aktuell auf dem Tisch liegen.

Diese Korrekturen braucht es jetzt:

Mit dem Ende der Vernehmlassung ist der Ball nun wieder beim Bundesrat. Bis Anfang Herbst will er dem Parlament eine Botschaft unterbreiten, damit dieses ab der Wintersession mit der Beratung des Geschäfts starten kann. Mit dem vorliegenden Vorschlag drohen massive Rückschritte beim Klima- und Umweltschutz, ohne dass der Bundeshaushalt damit nachhaltig entlastet würde. Um die nationale Finanz- und Klimapolitik auf Zukunftskurs zu bringen, sind deshalb dringend Korrekturen notwendig:

Folgeabschätzung aller Massnahmen für Umwelt, Gesellschaft & Wirtschaft durchführen: Nur mit einer seriösen Folgeabschätzung kann eruiert werden, ob Massnahmen gesamtwirtschaftlich und mittelfristig zu Einsparungen führen. Der Bundesrat soll einen entsprechenden Prüfbericht vor der Verabschiedung der Botschaft veröffentlichen.

Das Gebäudeprogramm budgetneutral weiterführen: Mit einer breiten Allianz hat der WWF **einen konstruktiven Vorschlag** erarbeitet, wie das Gebäudeprogramm budgetneutral weitergeführt werden kann.

Umweltschädliche Subventionen abbauen: Die Liste der umweltschädlichen Subventionen des Bundes ist lang. Die angespannte Finanzlage liefert ein zusätzliches Argument, diese Fehlanreize konsequent abzubauen.

Fazit

Das Entlastungspaket 27 des Bundes setzt den Rotstift am falschen Ort an. Sparen beim Klima- und Umweltschutz ist finanzpolitisch kurzsichtig und gefährdet die Erreichung der Klimaziele. Mit dem Abbau von umweltschädlichen Subventionen schlummert beim Bund ein gigantisches Potenzial, um den Bundeshaushalt zu sanieren und gleichzeitig die Dekarbonisierung voranzutreiben. Die Lösungen für eine zukunftsorientierte Klima- und Finanzpolitik sind vorhanden. Jetzt geht es an die Umsetzung. Wir vom WWF helfen gerne dabei.

Jessica Zuber

Verantwortliche Politik beim WWF Schweiz

Mit diesem Infomail informiert der WWF Schweiz Entscheidungsträger:innen und Expert:innen über aktuelle energie- und klimapolitische Herausforderungen und über unsere Positionen und Vorschläge zur Energiezukunft und Dekarbonisierung. Gerne dürfen Sie die Mail weiterleiten.

An- und Abmeldungen nehmen wir über folgende Adresse entgegen: ClimateEnergy@wwf.ch



Unser Ziel

Gemeinsam schützen wir die Umwelt und gestalten eine lebenswerte Zukunft für nachkommende Generationen.

WWF Schweiz

Hohlstrasse 110
Postfach
8010 Zürich

Tel.: +41 (0) 44 297 21 21
wwf.ch/kontakt

Spenden:
wwf.ch/spenden